



# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 51. 30. Jahrg.

21. Dezemb. 1917.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88<sup>III</sup>. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 6-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt! Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Weihnachtstrieden. Neuorientierung der Gewerkschaften. Rundschau. Die Neuausgestaltung der Krankenversicherung. Lebensmittelversorgung in den ersten Friedensjahren. — **Allgemeines:** Gleiche Leistungen bei verkürzter Arbeitszeit. Vom Umgang mit dem Igel. — **Feuilleton:** Friede! Rodin. Vom Büchertisch. Anzeigen.

## Neuorientierung der Gewerkschaften?

Den nachfolgenden Artikel, der in der Nr. 35 der Zeitschrift »Die Glocke« erschien, halten wir für so beachtlich, daß wir ihn unsern Kollegen zur Kenntnisnahme unterbreiten wollen.

In den ersten drei Kriegsjahren hatten die Gewerkschaften damit zu tun, ihre Einrichtungen und Arbeitsmethoden den Umständen der Kriegszeit anzupassen. Es gab dabei manch unruhiges Hin und Her, das jedoch kein Zeichen von Rat- und Planlosigkeit war, sondern sich einfach aus dem jähen Wechsel der Situationen und ihrer Erfordernisse ergab. Zuerst kam die Parole: alle Lohnbewegungen sind einzustellen; das war in Anbetracht der schlagartigen Lähmung des Wirtschaftslebens der ersten Kriegsmonate eine Selbstverständlichkeit. Diese gleiche Lähmung legte dann auch ein Zusammenwirken mit den Unternehmerorganisationen nahe, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Aus dieser Lage bei Kriegsbeginn waren auch die Änderungen geboten, die fast alle Verbände an ihren Unterstützungseinrichtungen vornahmen. Bei der Größe der Arbeitslosigkeit und ihrem besonderen Charakter war es hier notwendig, die Höhe der Unterstützungssummen einzuschränken, andererseits aber den Bezug zu erleichtern, um möglichst allen Arbeitslosen eine Stütze zu bieten.

Dieser Situation sahen sich die Gewerkschaften etwa während des ersten Kriegsjahres gegenüber. Dann vollzog sich jene Wandlung des Wirtschaftslebens, die sich für die Gewerkschaften in einer Abnahme von Arbeitslosigkeit bis zum fast völligen Aufhören bemerkbar machte. Der Arbeitsmarkt hatte ein ganz anderes Gesicht erhalten. Damit viel zunächst die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit den Unternehmerverbänden zur Belegung der wirtschaftlichen Tätigkeit fort. Die gebildeten Arbeitsgemeinschaften lösten sich zwar nicht auf, aber sie stellten ihre Funktionen ein, weil sie überflüssig geworden waren. Gleichzeitig mit der Umschaltung des Wirtschaftslebens begann die Teuerung, die sich zwar schon mit Kriegsbeginn angekündigt hatte, aber erst gegen Ende des ersten Kriegsjahres jene fortschreitende Intensität erreichte, die sie alsbald zu einem Umwerter aller wirtschaftlichen Werte werden ließ. Was diese Entwicklung für den Lohn bedeutete, habe ich damals als die Katastrophe des Arbeitslohnes bezeichnet. Der Arbeitslohn, so verschieden er von Beruf zu Beruf und von Ort zu Ort auch war, er war doch eine geschichtliche Gewordenheit, das Ergebnis vieler aufeinanderwirkender Kräfte; in seiner langsamen organischen Fortbildung war er der Regulator der Lebensverfassung vieler Millionen gewesen.

Die mit der Lohnhöhe verbundenen Vorstellungen hatten sich, der langsamen Entwicklung des Lohnes folgend, nur zögernd und widerstrebend fortgebildet und bildeten schon in Friedenszeiten eine empfindliche Hemmung für die Fortbildung des Lohnes. In der Vorstellung der Allgemeinheit war ein Tagesverdienst von sechs Mark gut, ein solcher von acht Mark schon aufreizend hoch.

Als darum die fortschreitende Teuerung den Geldwert um die Hälfte und mehr verminderte, erhielten die Kriegsaufgaben der

## Weihnachtstrieden.

Ein stiller Teich im Walde liegt;  
Er glänzt wie Gold im Abendlichte,  
Tief in das weiche Moos geschmiegt  
Gleich purpurglühendem Gesichte.

Es steigt ein wunderbarer Brodem  
Waldwürzig aus dem trauten Bild;  
Es weht heraus wie Friedensodem,  
So glückverheißend, stimmungsmild.

Und doch ist Lüge alles nur.  
Das Moos schwillt nicht an klarem Bache  
Schlamm quillt aus uns'rer Sohle Spur,  
Des Teiches Gold deckt trübe Lache!

Auch heute nimmt ein Bild gefangen  
Uns traut und hold wie Märchenduft,  
Er strömt vom Baume tandhangen,  
Von Seraphstimm' tönt die Luft.

Erhaben ist die Melodie.  
Ein hehrer Friede flutet drinnen  
Und hehre Friedensharmonie  
Spricht sanft zu uns aus allen Sinnen,

Und aus der Kerzen warmen Rauche  
Steigt auf das Bild der Jugendzeit,  
Von der Erinnerung zartem Hauche  
Gleich einem Heiligtum geweiht.

Und doch ist alles Lüge nur  
Bedacht, daß nichts die Wahrheit wecke,  
Traumnebel über öder Flur,  
Auf trüber Lache gold'ne Decke.

Der Friede, den die Weihnacht kündigt,  
Trägt einen Mantel blutigrot,  
Dem Kriegsgott hat er sich verbündet,  
Dem Massenmord, dem Schlachtentod.

Das Wohlgefallen, Wohlergeh'n,  
Das alle Menschen soll umfassen,  
Es scheidet als Not auf nackten Zeh'n,  
Als Teuerung durch die kalten Gassen.

Richard Wagner.

Gewerkschaften ein ganz anderes Gesicht. Das Unterstützungswesen verlor seine aktuelle Wichtigkeit, man ließ von den Ausnahmeregeln ab und kehrte wieder zu den Friedenseinrichtungen zurück. Jetzt trat die Aufgabe in den Vordergrund, den Arbeitslohn der gesunkenen Kaufkraft des Geldes wieder anzupassen. Dabei ging der Wirtschaftsfriede hier und da in Scherben. Das Hilfsdienstgesetz hatte neben der Mobilisierung der notwendigen Arbeitskräfte den Zweck, ihn für die Kriegsdauer zu sichern. Diesen Zweck hat es erfüllt, aber mehr auf Kosten des Arbeitslohnes als auf Kosten des Unternehmergewinns. Diese Feststellung richtet sich nicht gegen die von Partei und Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz beobachtete Taktik, denn die beruhte auf dem Grundsatz, daß man von mehreren Übeln das kleinste zu wählen hat. Aber diese Feststellung ist nötig, und sie

ist zutreffend: trotz aller Bemühungen ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, den Arbeitslohn im gleichen Verhältnis zu steigern, wie die Teuerung die Kosten des Lebensunterhalts gesteigert hat. Das Gegenstück dazu bildet die Steigerung des Unternehmergewinns: die Kapitalbildung ist niemals in einem so rasend schnellen Tempo vor sich gegangen wie in der Kriegszeit. Was die Gewerkschaften auch noch tun werden — es wird ihnen nicht gelingen, jenen Ausgleich herbeizuführen. Hoffentlich wird es möglich sein, das bestehende Mißverhältnis abzuschwächen, und es hängt sehr viel davon ab, daß es geschieht, aber zu beseitigen ist es nicht. Die wirtschaftlichen Daseinsfaktoren der Arbeiterklasse bleiben zertrübt, die Grundlage des ganzen Lebens und Webens der Arbeiterklasse schwebt in der Luft. Dort wird sie hängen bleiben, bis der Friede die Neuordnung aller volkswirtschaftlichen Verhältnisse ermöglicht. In jener Zukunft liegen die Fragen und Aufgaben, zu deren Lösung sich die Gewerkschaften rüsten müssen. Was die Gegenwart des Krieges erfordert, ist im wesentlichen getan. In diesem Bewußtsein schicken sich die Gewerkschaften nun an, sich auf die Zukunft einzurichten.

Zunächst kündigt sich diese neue Zeit in organisatorischen Maßnahmen an, die sozusagen durch die Geldentwertung erzwungen sind. Man bereitet Statutenänderungen vor, die einerseits Erhöhungen der Unterstützungen, andererseits Erhöhungen der Beiträge vorsehen. Verschiedene große Verbände sind dabei, die Entschließungen vorzubereiten, andere werden folgen und schließlich werden sich alle Gewerkschaften dazu gezwungen sehen. Denn diese Maßnahme folgt automatisch aus der Entwertung des Geldes, die in den dreieinhalb Jahren einen Charakter angenommen hat, der es nicht mehr erlaubt, hier von einer vorübergehenden Erscheinung zu sprechen. Zu welchem Ergebnis die Geldentwertung schließlich führen wird, ist heute noch nicht vorauszusehen, und wenn man auch wohl sicher sein darf, daß der Geldwert wieder steigen wird, so bleibt sein künftiger Stand doch innerhalb weitgezogener Grenzen ungewiß. Es könnte darum voreilig erscheinen, daß die Gewerkschaften heute schon versuchen, die Konsequenzen dieser Umwälzungen zu ziehen. Aber sie wissen schon, warum sie es tun. Bleibt die Zukunft ihrer Schaffensbedingungen auch in vielem dunkel, so sind die führenden Gewerkschaftskreise doch fest überzeugt, daß Anforderungen ungewöhnlicher und hochbedeutsamer Art an sie herantreten werden. Wollen sie ihnen gerecht werden, so ist organisatorische Stärke die allererste Vorbedingung dazu. Nun muß man die heutige Lage der Gewerkschaften ohne Vergrößerungsglas betrachten — sie sind auf ein Drittel ihres Friedensbestandes zusammengeschrumpft. Gewiß stehen die fehlenden zwei Drittel im Felde, aber es sind drei Jahre und mehr vergangen, seit sie aus dem Organisationsleben ausgeschieden sind und viele der einberufenen Gewerkschaftsmitglieder werden aus freien Stücken nur schwer den Weg zur

Organisation zurückfinden, wie das Verhalten vieler Reklamierten leider zeigt. Die Gewerkschaften werden darum sogleich nach Friedensschluß alle verfügbare Kraft auf die Zurückgewinnung der heimkehrenden Arbeiter zu lenken haben — das ist dann die wichtigste Aufgabe für sie, und wie deren Lösung gelingt, das wird in großem Umfange bestimmend sein für die künftige Stellung der Gewerkschaften und für ihre Arbeit. Hat man aber diese Notwendigkeit erkannt, so folgt daraus die weitere: alle unumgänglichen organisatorischen Maßnahmen schon vorher zu treffen, damit alle Kräfte für die Propaganda frei sind und diese selber durch keinerlei Fragen des innern Ausbaues, die immer ein Moment der Unruhe sind, gestört wird.

Die weitere Arbeit der Gewerkschaften wird beherrscht werden von der Lohnfrage, die ja gleichfalls in ihrem ganzen Umfange durch die Geldentwertung aufgerollt wird. Der Friedensschluß mit der ihm folgenden Demobilisation wird voraussichtlich eine sehr kritische Situation schaffen. Die Höhe der Kriegslöhne wird im wesentlichen gestützt von der großen Nachfrage nach Arbeitskräften, denen ein engbegrenztes Angebot gegenübersteht. Darin wird der Friedensschluß eine völlige Umkehrung bringen. Wo die gegenwärtigen Löhne nicht tariflich gebunden sind, werden sie schnell sinken. Aber dies Sinken der Löhne wird zunächst noch von keinem Sinken der Warenpreise begleitet sein. Diese Situation kann zu einer Katastrophe führen, wenn sie nicht erkannt und wenn ihr nicht vorgebeugt wird. In den tariflich geordneten Gewerben sind die Löhne wohl allgemein bis an den Schluß des Jahres, in dem der Friede zustande kommt, zum Teil auch noch darüber hinaus, festgelegt, und insoweit ist hier eine gewisse Sicherung gegeben, falls der Druck nicht übermäßig wird. Wo solche tarifliche Bindung aber fehlt, werden die Gewerkschaften einen schweren Stand haben, und ohne staatliche Mitwirkung wird es voraussichtlich überhaupt nicht möglich sein, den Niederbruch der Löhne zu verhindern.

Das Schicksal des Arbeitslohnes während der Übergangszeit ist selbstverständlich für die Neubildung des Reallohnes der Zukunft von allergrößter Bedeutung, und was diese Neubildung des Reallohnes für die Arbeiterklasse und das ganze Dasein der Volksgemeinschaft bedeutet, das braucht man nicht erst weitläufig auseinanderzusetzen. Für diesen Akt sind vor allem drei Umstände entscheidend, erstens die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, das heißt der Preis der Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die zur Erhaltung der vollen Arbeitskraft notwendig sind, zweitens die Produktionskosten in ihrer Gesamtheit und schließlich die Absatzbedingungen. Das Streben der Gewerkschaften muß dahingehen, den Reallohn möglichst über die reinen Reproduktionskosten der Arbeitskraft hinaus zu steigern, um dadurch der Arbeiterklasse die Kraft zur sittlichen und kulturellen Höherentwicklung zu geben, die wiederum die Vorbedingung für politische Machterweiterung ist. Ob das aber möglich ist, entscheiden die Machtverhältnisse. Nur darf man die Machtverhältnisse nicht lediglich in der Größe, Festigkeit und Finanzkraft der Organisationen geben sehen. So wichtig diese sind, so sind sie doch nicht allein ausschlaggebend. Wir haben uns allerdings in den deutschen Gewerkschaften daran gewöhnt, die Machfrage lediglich als Organisationsfrage aufzufassen. Wir kamen zu dieser Auffassung, weil uns die gewerkschaftlichen Kämpfe des letzten Vierteljahrhundert nichts anderes zeigten. Industrie und Gewerbe erfreuten sich einer Rentabilität, bei der die wirtschaftliche Möglichkeit größerer Lohnsteigerungen von vornherein gegeben war. So hing es also lediglich von der Kraft der Organisation ab, ob und was man an Lohnsteigerungen errang; nur die kritischen Zeiten

größerer Arbeitslosigkeit kamen als außerhalb der Organisation liegende Hemmungen in Betracht.

Diese Auffassung bedarf für die Zukunft einer Berichtigung. Die künftige Rentabilität der deutschen Warenproduktion ist uns heute eine ganz unbekannt große. Die deutsche Industrie wird bei der Wiederaufnahme des Wettbewerbs auf den Außenmärkten erheblich schlechter gestellt sein als ihre Konkurrenten, ihre Beziehungen zu den Absatzmärkten sind seit Kriegsbeginn gestört und zerrissen, und diese Zeitspanne wird den Konkurrenzindustrien Gelegenheit geben haben, diese Märkte an sich zu bringen. So sieht sich also die deutsche Industrie vor gründlich veränderte Absatzbedingungen gestellt. Auch ihre Produktionskosten werden, wenigstens in den ersten Jahren, schon wegen der Wirkungen der gesunkenen Valuta beim Rohstoffbezug, höher sein als die der Konkurrenzindustrien. Diesen Tatsachen werden sich die Gewerkschaften nicht verschließen können, und wollen. Ohne eine günstig arbeitende Industrie kann auch ihre Arbeit nicht erfolgreich sein; gerade im Interesse ihrer Lohnpolitik müssen sie wünschen, daß die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre frühere glänzende Stellung auf dem Weltmarkt zurückerobere. Soll das nicht auf Kosten des Arbeitslohnes geschehen, so bleibt nichts anderes übrig, als der Übergang zu rationelleren Betriebsmethoden, um durch eine Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit die Produktionskosten herabzusetzen und die Zahlung guter Löhne zu ermöglichen, ohne doch den Wiederaufbau der Industrie in Frage zu stellen.

Die deutschen Gewerkschaften haben bisher diesen Bestrebungen sehr mißtrauisch gegenübergestanden. Aber man muß dabei bemerken, daß sie sich noch niemals ernsthaft damit beschäftigt haben. Es genügt, das »Taylor-System« zu erwähnen, um sogleich darüber einig zu sein, daß es sich dabei nur um eine verschärfte Form der Ausbeutung handele. Das Taylor-System ist selbst in Amerika nicht mehr als ein geistreiches Experiment, das sicher mehr Schriftsteller als Arbeiter in Bewegung gesetzt hat. Der dahinter stehende Gedanke: die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu steigern, kann an sich überhaupt nicht bestritten werden, er liegt so sehr auf der Linie des ökonomischen Fortschritts, daß ihn der Sozialist zuallererst verneinen kann. Es kommt hier ganz darauf an, wie man ihn zu verwirklichen sucht. Will man den Arbeiter zu erhöhter Anstrengung zwingen, so wird man sich dem mit Fug und Recht widersetzen. Handelt es sich jedoch darum, die verausgabte Arbeitskraft auszunützen, das heißt mit der gleichen Energiesumme mehr und bessere Ergebnisse zu erreichen, so kann man auch vom Arbeiterstandpunkt nichts dagegen haben. So und nicht anders ist die hier gestellte Aufgabe zu sehen, und in ihrer Lösung liegt für die Gewerkschaften der Zwang, die Stellung des Arbeiters im Mechanismus der Produktion mit neuen Augen anzusehen.

## Rundschau.

40 Jahre in einer Firma beschäftigt war am 7. Dezember der Kollege Steindrucker Max Müller bei der Firma Wiedemann'sche Druckerei A.-G. in Saalfeld a. S. Solche Beschäftigungsdauer ist im graphischen Beruf selten anzutreffen. Umso seltener, wenn es sich, wie in diesem Falle, um einen Kollegen handelt, der seinen Mitarbeitern auch sonst ein guter Helfer gewesen ist. Wir wünschen dem Jubiläar noch viele Jahre frischer Berufstätigkeit.

**Urabsittung über Beitragserhöhungen.** Im Sattlerverband wurde die Beitragserhöhung mit 3068 gegen 1166 Stimmen, im Lederarbeiterverband mit 1910 gegen 476 Stimmen beschlossen. Im Buchbinderverband beteiligten sich an der Abstimmung 10410 Mitglieder; davon stimmten für die Beitragserhöhung 9651 Mitglieder, dagegen 665 und 94 Stimmen waren unglücklich.

**Geschäftsergebnisse.** Die Firma Berlin-Neuroder Kunstanstalten A.-G. berichtet, wie wir der »Papier-Zeitung« entnehmen, über das Geschäftsjahr 1916/17: Das Geschäftsjahr 1916/17, in welchem wir mit einem ansehnlichen Auftragsbestand ein-

trafen, hat auch im weiteren Verlauf diejenigen Hoffnungen erfüllt, die wir bei Einrichtung unserer Papiergarnspinnerei für die Neuroder Fabrik und bei Aufnahme der Fabrikation verschiedener Heeresartikel für unsere Brandenburger Fabrik an diese Maßnahmen knüpften. Unsere Außenstände im feindlichen Ausland haben wir mit 257600 Mk. abgeschrieben. Für die neu eingerichtete Papiergarnspinnerei mußten wir nach Belegung der früher verfügbaren Räume noch weitere Fabrikräume durch Ausbau eines früheren Schuppens und eines Wohngebäudes schaffen. Trotz dieser Behelfe leiden wir empfindlich an Platzmangel in unseren Neuroder Räumen. Der Umsatz unserer Fabliken ist infolge der neu aufgenommenen Artikel infolge der erheblich höheren Rohstoffpreise und Arbeitslöhne wesentlich höher als in Friedensjahren, und das sich hieraus ergebende Rohrertragnis läßt nach Abschreibungen und Rückstellungen noch einen Gewinn von 307388 Mk., den wir wie folgt, zur Verteilung vorschlagen: 10 v. H. Dividende 200000 Mk., Tantieme an den Vorstand und Beamte 22263 Mk., Tantieme an den Aufsichtsrat 25106 Mk., zu gemeinnützigen Zwecken 10000 Mk., Gewinn-Vortrag auf 1917/18 50019 Mk. Der Auftragsseingang und die Versendungen übersteigen im laufenden Jahre die entsprechenden Zahlen des Vorjahres, und wir glauben ein befriedigendes Ertragnis in Aussicht stellen zu können.

**Gewährung von Verstümmelungszulagen.** Der Kreis der im Dienste beschädigten Mannschaften denen Verstümmelungszulagen zuerkannt werden können, ist durch die Vorschriften des § 13 Mannschafts-Versorgungs-Gesetzes 1906 begrenzt. Sind die Voraussetzungen dieses Paragraphen nicht erfüllt, so ist die Gewährung einer Verstümmelungszulage ausgeschlossen, obwohl die Beschädigten oft annähernd oder ebenso hart betroffen sind wie andere, denen Verstümmelungszulagen gewährt werden können. Zur Beseitigung der in solchen Fällen sich ergebenden Härten ist beabsichtigt, die Vorschriften des § 13 M.-V.-G. entsprechend zu erweitern. Bis zum Inkrafttreten dieser Ergänzung sollen bei offensichtlichen Härten an Stelle der gesetzlich noch nicht zuständigen Gebührens-Zuwendungen aus einem besonderen Etatskapitel gewährt werden. Es kommen hierbei nicht nur die nach dem M.-V.-G. 1906, sondern auch die nach den früheren Versorgungsgesetzen abgefundenen Personen in Betracht. Anträge sind an den zuständigen Bezirksfeldwebel zu richten. st.

**Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.** Die Rentengewährung in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung veranschaulicht eine im Reichsversicherungsamt gefertigte Zusammenstellung. Nach dieser liefen am 1. Oktober 1917 im ganzen Reich 1006970 Invalidenrenten, 74687 Krankenrenten, 210484 Altersrenten, 53082 Witwenrenten und 339266 Waisenrenten. Bemerkenswerte Ergebnisse zeitigt ein Vergleich mit dem Bestande am 1. Januar 1917. Es haben nämlich in dieser Zeit die Invalidenrenten um rund 24000 abgenommen. Man bedenke: abgenommen in einer Zeit, in welcher der Krieg und das tägliche Leben wie kaum jemals eine ungeheure Anzahl von Invaliden liefert. Das Rätsel findet seine Lösung darin, daß durch gesteigerte Anforderungen an den Begriff der Erwerbsunfähigkeit die Zahl der Rentenbewilligungen erheblich eingeschränkt worden ist. Soweit ihre Gewährung bei Kriegsbeschädigten unvermeidlich ist, hat man diesen fast ausschließlich die Krankenrente gewährt, deren Bestand seit Jahresbeginn gestiegen ist, allerdings auch nur um rund 9800. Die Altersrenten haben sich infolge der Herabsetzung des Lebensalters für den Bezug derselben auf das 65. Lebensjahr weiter vermehrt und zwar um etwa 44000. Diese starke Zunahme findet ihre Erklärung darin, daß die meisten der bereits im Jahre 1916 gestellten Anträge erst in diesem Jahre ihre erledigung fanden. Die Zahl der Witwenrenten stieg um etwa 10000, die der Waisenrenten (für ganze Waisensämme) um etwa 66000. Das Witwengeld (die einmalige Abfindung an solche Witwen, die selbst auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet haben) wurde bis zum 30. September 1917 in 118988 Fällen (davon im letzten Vierteljahr in 7986 Fällen) gewährt. i. K.

**Der Streik als Ausnahmeheld.** Wie beim Wahlrecht, so möchten es auch bei den Koalitionsrechtfragen die Reaktionen zum Konflikt treiben, wenn auch hier, wo der Reichstag zu entscheiden hat, ihre Aussichten viel geringer sind. Die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« brachte zur angekündigten Aufhebung des § 153 einen Aufsatz, in dem sie darzulegen sucht, daß nach allgemeinem Rechtsbegriffen eigentlich jeder Streik als Erpressung bestraft werden müßte. Daß man den Streik überhaupt erlaubt habe, sei ein Ausnahmeheld das nur mit der durch § 153 gegebenen Einschränkung erträglich sei. Zur Begründung dieser wahrhaft ungeheuerlichen Darlegung beruft sich das Unternehmerrblatt auf die Reden des Grafen Posadowsky — zur Zucht-hausvorlage. Schließlich müssen auch die Interessen der »Wirtschaftsfriedlichen« und die Warnungen der Heerführer vor Arbeitsniederlegungen — während des Krieges dazu herhalten, gegen die Aufhebung des § 153 Sturm zu laufen. Mit seiner Preßgabe gerate die Volkswirtschaft auf eine schiefe Ebene, und die Verantwortung dafür trage der neue Leiter des Reichswirtschaftsamtes Dr. Schwander. Es wäre nutzlose Mühe, die Herren von der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« befehlen

zu wollen. Sie bleiben dabei, daß die Streikhetzer, die Gewerkschaftsagitatoren eine förmliche Schreckensherrschaft über die Arbeiter führen, die in friedlicher Berufsbearbeitung für ihre Familien sorgen wollen. Gegenüber einer solchen mutwilligen Blindheit, einem gewaltsamen sich verschließen vor allen Kriegserfahrungen, hilft kein Reden. So brutale Vertreter reiner Unternehmergeldinteressen können nur niedergedrungen, nicht belehrt werden. Es gilt an dieser Stelle nur auf ihr Treiben hinzuweisen, damit auch von dieser Seite aus das Hinarbeiten der Reaktionäre auf eine Krise offenbar wird.

**Krieg und Geschlechtskrankheiten.** Im österreichischen Abgeordnetenhaus wies der Obmann des Gesundheitsausschusses Genosse Dr. Schädler, darauf hin, daß Prof. Dr. Finger, die erste Autorität auf diesem Gebiete, schon im März 1916 die Zahl der geschlechtskranken Soldaten auf 800 000 bezifferte, davon ein Drittel verheiratete. In Wien ist die Zahl der geschlechtskranken fünfzehnjährigen Burschen seit Kriegsbeginn von 1 auf 8 Proz., der sechzehnjährigen von 27 auf 68 Proz. angewachsen! Abgeordneter Genosse Max Winter machte darauf aufmerksam, daß der Staat während des ganzen Krieges zur Bekämpfung der Tuberkulose nur 19 Millionen Mark aufgewendet habe — die Kosten für 12 Stunden Krieg!

**Tuberkulose, Ernährung und Aufklärung.** Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose, die während des Krieges leider eine weitere Verbreitung gefunden hat, sind neben der Vermehrung und Kräftigung der Fürsorgestellen weitere Maßnahmen getroffen worden. Auf Anregung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes soll für die Tuberkulosen weiter mit Zulagen zu den Lebensmitteln gesorgt werden. Es ist empfohlen worden, diesen zu verabreichen an besonderen Leistungen:  $\frac{1}{2}$  Liter Milch,  $\frac{1}{4}$  Pfund Butter, 2 bis 4 Eier oder 250 gr. Fleisch, 500 gr. Brot oder  $\frac{1}{4}$  Pfund Zucker in der Woche. In manchen Bezirken reichen aber die zugewiesenen Nahrungsmittel nicht aus, um alle Lungentuberkulosen in dieser Weise zu versorgen. So gibt z. B. die Krankenkostabteilung in Hamburg bekannt, daß sie nur nach den jeweilig vorhandenen Nahrungsmittelbeständen ihre Bewilligungen treffen kann. In Berlin ist eine Krankenküche für Lungentuberkulose eröffnet worden. Zur Förderung der neuen Einrichtung hat sich die Landesversicherungsanstalt Berlin bereit erklärt, zunächst 100 Mahlzeiten täglich für Lungentuberkulose, deren Bedürftigkeit festgestellt ist, zu übernehmen und dafür die Selbstkostenpreise zu erlassen. Im übrigen hat das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose zwei Filme herstellen lassen: einen wissenschaftlichen und einen unterhaltenden, die bei der Aufklärung und Belehrung des großen Publikums über die Lungentuberkulose dienen sollen. Der neueste (unterhaltende) Film mit dem Titel »Siegende Sonne« bietet Gelegenheit, das Leben in den Lungenheilstätten und die Wirkung von Licht und Luft in einem Drama kennen zu lernen.

**Verständigung im Baugewerbe.** Die nach längeren Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat zustande gekommene Vereinbarung vom 29. November 1917, die unter Festsetzung neuer Teuerungszulagen eine Verlängerung des Reichstarifvertrags für das Baugewerbe bis zum 31. März 1919 vorsieht, ist nunmehr gesichert.

## Die neue Ausgestaltung der Krankenversicherung.

Die Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges bringt manche wichtige Verbesserung der Krankenversicherung. Allerdings nicht unmittelbar; sie bietet nur eine Unterlage dazu. Den Verwaltungen der Krankenkassen ist es überlassen, die neu gegebenen Möglichkeiten nutzbar zu machen und sie in die Praxis umzusetzen. Sonst bleiben sie wirkungslos. In der Hauptsache gestattet die Verordnung die Erweiterung der Krankenfürsorge nach zwei Richtungen: der Erhöhung des Krankengeldes und der Anpassung desselben an die Familienverhältnisse der Mitglieder.

Seither erlaubte die Reichsversicherungsverordnung nur, daß die Grundlöhne, die zur Bemessung der Beiträge dienen, stufenweise bis zu 5 Mk., wenn die Mitglieder nach Alter, Stand oder Beruf gruppiert sind, und bis zu 6 Mk., wenn sie in Lohnklassen eingeteilt sind, festgesetzt werden. Jetzt sind diese oberen Grenzen auf 8 Mk. und 10 Mk. hinaufgesetzt worden. Der weitaus größte Teil der Krankenkassen besitzt die sehr zweckmäßigen Lohnklassen, denen die Versicherten je nach ihrem Arbeitsverdienst zugewiesen werden. Es ist also nunmehr jetzt die Möglichkeit gegeben, nach oben hin Lohnstufen anzubauen, z. B. für die Mitglieder mit einem Tagesverdienst von 5 Mk. bis 7 Mk., 7 Mk. bis 9 Mk. und darüber. In der höchsten Lohnklasse kann der Grundlohn auf 10 Mk. festgesetzt werden. Setzt die Krankenkasse das Krankengeld auf die Hälfte des Grundlohnes fest, so beträgt dieses dann 5 Mk. pro Tag. Es kann aber bis zu  $\frac{3}{4}$  des Grundlohnes erhöht und auch für Sonntage gewährt werden, so daß es möglich ist, das Kranken-

geld bis auf wöchentlich 52,50 Mk. zu steigern. Die durch die fortschreitende Entwertung des Geldes gebotene Anfügung der Lohnklassen für die Versicherten mit höherem Arbeitsverdienst verschafft diesen aber nicht nur ein höheres Krankengeld, sondern bessert auch die Geldverhältnisse der Kassen, da doch die Versicherten in den höheren Klassen auch entsprechend höhere Beiträge zu zahlen haben, die Ausgaben der Kassen für Arznei, Heilmittel usw. aber die gleichen bleiben.

Nach den bisherigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mußte das Krankengeld in jeder Klasse genau dem Grundlohn angepaßt sein. Das Reichsversicherungsamt hat erst kürzlich durch eine Entscheidung ausdrücklich festgestellt, daß eine anderweitige Bemessung, z. B. gleichmäßige Zuschläge für alle Klassen, unstatthaft seien. Die neue Verordnung erlaubt nicht nur solche Zuschläge, sondern gestattet auch, daß das Krankengeld für Verheiratete und Ledige sowie nach der Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen abgestuft wird. So kann das Krankengeld z. B. für Ledige die Hälfte des Grundlohnes der zuständigen Lohnklasse betragen, für Verheiratete mit einem Kinde 60 Proz., mit 2 bis 4 Kindern 70 Proz. und mit 5 und mehr 75 Proz. Auch das Hausgeld, das bei Unterbringung eines Versicherten in eine Heilanstalt gewährt wird, kann nach der Zahl der Familienangehörigen verschieden abgestuft werden. Schließlich ist es auch angängig entgegen den bisherigen Bestimmungen das Wochenlohn höher als das Krankengeld zu bemessen. Alle diese Neuerungen sind eine Frucht der gegenwärtigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik.

Es wird nun also auf die Einsicht und das sozialpolitische Verständnis der Kassenverwaltungen ankommen von diesen Möglichkeiten den nötigen Gebrauch zu machen. Die Vertreter der Versicherten in den Kassenorganen (Vorständen und Ausschüssen) sollten überall darauf hinwirken, die Verbesserungen einzuführen. Es würde ein schlechtes Zeugnis für das Selbstverwaltungsrecht der Massen sein, wenn die mögliche Ausgestaltung nicht in der umfassendsten Weise durchgeführt würde. Da die nötigen Satzungsänderungen nur in Ausschußsitzungen beschlossen werden können, ist es nötig, solche alsbald überall einzuberufen. Eine allgemeine Mehrbelastung, die zu einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge zwingt, bringen die Verbesserungen kaum. Selbst aber für den Fall, daß eine solche nötig sein sollte, gibt auch hier die Verordnung eine Möglichkeit: sie gestattet, daß die Beiträge über  $\frac{1}{4}$  Proz. des Grundlohnes erhöht werden, wenn dies zur Gewährung von Mehrleistungen nötig ist und die Arbeitgeber zustimmen. Auch hiervor darf, wenn es nötig ist, nicht zurückgeschreckt werden.

## Lebensmittelversorgung in den ersten Friedensjahren.

Neben der Gewisheit, mit dem Klang der Friedensglocken das Ende der Blutopfer zu bekommen, steigt noch ein weiteres Bild vor uns auf, das uns reichlichere Verpflegung in Aussicht stellt, damit dem Zustand der Unterernährung ein Ende gemacht werden kann. Es ist wahr, daß mit dem Tage, an dem der letzte Schuß verhallt sein wird, einige Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung behoben sein werden. Einmal wird dann die Versorgung für das Militär, die uns jetzt das Ernährungsprogramm so unsicher macht, nicht mehr so schwer auf dem Markt lasten. Zum anderen werden gewisse militärische Reservensätze, die heute als Bestand in dem sicheren Schutz der Proviantämter liegen. Es kommen da ganz ansehnliche Vorräte in Betracht, wenn sie auch den Markt nicht gerade überwältigend bereichern können. In bestimmten Waren werden wir gleich nach Beendigung des Krieges eine losere Hand haben dürfen, denken wir nur an Zucker, Kartoffeln, Konserven usw. Es ist bekannt, daß heute viel Lebensmittel für den Kriegsbedarf abgezweigt werden.

Eine weitere Entspannung der Lebensmittelknappheit wird ohne weiteres erreicht durch die Freistellung von menschlichen und tierischen Kräften und Transportmitteln aller Art. Wir können dann sofort viel mehr Land ausnützen, das heute brach liegt. Darüber sind sich die Sachverständigen alle einig, daß der deutsche Boden mehr herzugeben in der Lage ist, wenn er rationeller bewirtschaftet werden kann. Freilich: ganz frei von dem Ausland werden wir uns nicht machen können, das zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Zahlen der Einfuhr von 1913: Getreide für 788,9 Millionen Mark, Palmenkerne und Kopa 195,3, Eier 187,5, Kleie 186,8, Fische 126,5, Butter 126,3, Obst 126, Ölkudeln 116,5, Schweineschmalz 111,2, Reis 102,6, Süßfrüchte 94,2, Fleisch 84,8, Kakao 63,6, lebende Tiere 247,1 Millionen Mark. Dazu kommen noch Hülsenfrüchte, Käse, Frischgemüse, Talg usw. Es ist unmöglich, diese gewaltige Menge im Lande selbst zu erzeugen. Aber in vielen Produkten können wir die inländische Erzeugung gewaltig steigern.

Mehr Menschen und Tiere werden Erleichterung im Verkehr schaffen. Es ist bekannt, daß oft Fehlerquellen der Versorgung mehr im Transport,

als im Mangel zu suchen sind. Freilich wird hier die Erleichterung nur ganz allmählich eintreten, auch die Zugtiere sind stark mitgenommen worden. Soweit menschliche Arbeitskraft in der landwirtschaftlichen Erzeugung helfend eingreift, wird der Erfolg ebenfalls erst nach längerer Zeit kommen, wenn man an die Bebauung der Felder denkt, an die Verarbeitung zu Nahrungsmitteln usw. Durch eilige Entlassung der landwirtschaftlich vorgebildeten Kräfte, Leiter, Inspektoren, Verwalter vom Militär kann viel dazu beigetragen werden, die Hilfe von dieser Seite schnell wirksam zu machen.

Leider ist es mit der Arbeitskraft im Feldbau allein nicht getan. Unsere Äcker sind, wenn vier Kriegsernten abgefahren sein werden, mehr als erschöpft. Der Boden ist aufgepulvert worden und seiner Kraft beraubt. Was wir ihm als Düngemittel geben konnten reichte nicht aus, es fehlt an Stickstoff. Der Ackerboden ist zum Proletarier geworden, der mehr hergeben mußte, als er zurückerhielt. Das rächt sich natürlich in der Qualität und Quantität der Ernte. Wir müssen uns damit abfinden, daß etwa drei gute Jahre nötig sind, dem Boden die alte Ausgiebigkeit wieder zu geben. Die Schwierigkeiten der Sämereibesorgung wird nicht allzugroße Sorgen bringen, mehr schon die Frage, ob wir uns ganz frei von den ausländischen Düngemitteln machen können, wie es von Sachkennern für die Zeit nach dem Kriege behauptet wird. Aber etwas können wir tun: Wir können unser Land viel besser befruchten. Heute werden, um nur ein Beispiel anzuführen, die kostbarsten Düngemittel durch den Rhein nach Holland geschwemmt, wo sie die teuren Gemüse erzeugen, die wir dann den Holländern wieder abkaufen müssen. Hier mehr dafür sorgen, daß diese Werte im Lande bleiben, ist ein Problem, an dem sich die Chemiker, Techniker und Landwirte gleich nach dem Kriege heranmachen müssen.

Nicht nur Körnerfrüchte, Kartoffeln und Gemüse, sondern auch die Beschaffung von Milch, Butter, Käse, Eier und Fleisch hängt von der Entwicklung unseres Feldbaues ab. Hier werden und müssen wir allerdings durch Zufuhren wenigstens in der ersten Zeit ergänzen, daran kommen wir nicht vorbei. Selbst wenn die Beschlüsse der feindlichen Wirtschaftskonferenzen so streng gehandhabt würden, wie sie es wahrscheinlich nicht werden können, wird uns immerhin ein großer Spielraum bleiben. Denken wir doch daran, was für gute Geschäfte wir allein mit unserem Nachbarstaat Rußland, der doch immer auf uns angewiesen bleiben wird, machen können. Dort liegen noch so große Bodenflächen frei, daß ungeahnte Möglichkeiten für uns bestehen. Daraus allein ergibt sich, welches Interesse wir haben, mit unserem östlichen Nachbar recht bald in ein gutes Verhältnis zu kommen. Er braucht uns, wir brauchen ihn. An die Ernährungszusätze, die Ungarn, Bulgarien und die Türkei liefern können, wenn es richtig organisiert wird, wollen wir nur flüchtig erinnern. Eines werden wir allerdings mit in den Kauf nehmen müssen: eine viel höhere Preisgestaltung. Aber daran kann sowieso kein Mensch denken, daß wir noch einmal Zeiten erleben, wo wir für das Pfund Butter nur 1,20 Mk. oder für ein Ei fünf Pfennig zu geben brauchen. Mit oder ohne Handelsschwierigkeiten, mit oder ohne Valuta oder Pariser Wirtschaftskonferenz: diese Zeiten sind endgültig dahin.

Eine Schwierigkeit in der Ernährung der ersten Friedenszeit bietet das Fehlen der Waren, die wie Kaffee, Reis, Pfeffer usw. von Übersee kommen. Ehe das erste Schiff mit indonesischem Reis wieder im Hamburger Hafen landen wird, ehe diese Waren in so reichlichen Mengen eintreffen, daß sie wirklich von Einfluß sind, wird viel Zeit vergehen. Es wird natürlich ganz von der Art des Friedens abhängen, wie der Verlauf dieses Handels wird. Wir haben auch aus diesem Grunde alle Ursache für einen Verständigungsfrieden zu wirken, nicht wie die Alldeutschen an die Gewalt zu appellieren. Der Weltmarkt wird uns so offener stehen, je geringer die Reibungsflächen sind, die der Krieg hinterläßt. Gerade in der Lebensmittelfrage kann man uns auch nach dem Kriege noch bittere Schwierigkeiten machen. Mit Verstand muß hier die Tür offen gemacht und frei gehalten werden. So oder so: Es wird lange dauern, ehe dieser Ernährungszuschuß wieder fühlbar wird.

Die Vernichtung des Schiffsraums fällt hierbei erschwerend in das Gewicht. Die Frachtsätze werden enorm hoch bleiben, denn sie sind bestimmt von der verfügbaren internationalen Tonnage. Wenn hier auch Erleichterungen geschaffen werden können durch Übernahme gewisser Kosten auf den Staat, ganz ohne Einfluß bleiben diese Dinge nicht. Durch die riesigen Schiffsverluste werden die Preise für die Lebensmittel enorm in die Höhe gehen. Auch der Schiffsraum bleibt beschränkt, da auch die Herbeischaffung der Rohstoffe gleichzeitig gefördert werden muß. Diese Seite der Kriegswirkungen wird sich leider noch fühlbarer machen, als uns lieb ist.

So wird die Rationierung noch einige Jahre nach dem Kriege weiter bestehen bleiben müssen, bis sich langsam die Versorgung von selbst wieder einrichtet. Mindestens drei Jahre nach dem Frieden ist die Brotkarte unentbehrlich, das gleiche gilt für Fleisch und andere Artikel. Wir haben

alle ein Interesse daran, daß die Karte nicht so schnell verschwinde. Wenn wir es auch als Zwang empfinden, daß wir uns die Mengen vorstreifen lassen müssen, wir haben doch die sichere Gewähr, daß dadurch wenigstens jeder etwas bekommt.

Zusammenfassend können wir sagen: Der Friede muß uns sicher wesentliche Erleichterungen bringen, aber nur ganz allmählich wird sich der Volkskörper von der Unterernährung erholen können. Je verständiger und ruhiger wir den Dingen, die kommen müssen, ins Auge schauen, je mehr wir vorsorgen, die Zügel der Lebensmittelversorgung in der Übergangszeit nicht auf dem Boden schleifen zu lassen, umso besser wird es sein. Deshalb sollte jeder, der ein Interesse daran hat, daß die Erleichterungen, die automatisch eintreten müssen, allen zugute kommen, mit uns dafür sorgen, daß die Einrichtungen, die bestehen, nicht verlottern, weil man glaubt, es müsse im Frieden alles besser sein. Nein, dann werden sie sich noch erst recht nötig machen und je glatter sie dann funktionieren, umso ruhiger wird die allmähliche Einordnung und Rückschaltung sich vollziehen können. Th. Th.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Gleiche Leistungen bei verkürzter Arbeitszeit.**

In der Betriebsabteilung eines Werkes der Rüstungsindustrie wurde aus irgend einem hier nebensächlichen Grunde die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden pro Tag herabgesetzt. Trotz der starken Arbeitsverkürzung wurde genau dieselbe Menge Arbeitsprodukte hergestellt als in der vorher bedeutend längeren Arbeitszeit.

Uns hat die Mitteilung nicht überrascht, denn schon seit vielen Jahren wurden die von gewerkschaftlicher Seite aufgestellten Behauptungen, daß in achtstündiger Arbeitszeit dasselbe geleistet werden könne als in 9 und 10 Stunden, mit Beweisen aus der Praxis belegt und zum ersten Male im Jahre 1900 von Prof. Abbe-Jena wissenschaftlich untersucht und begründet. Die Abbe'schen Untersuchungen stützten sich auf Beobachtungen und Erfahrungen, die in seinem Betrieb, den optischen Werksstätten von Carl Zeiss in Jena, im Laufe eines Jahres mit dem Achtstundentag gegenüber dem Neunstundentag gemacht worden sind. Einwandfrei wurde festgestellt, daß in achtstündiger Arbeitszeit genau dieselbe Tagesleistung — in Wirklichkeit noch eine Kleinigkeit mehr — erreicht wurde, wie in der früheren neunstündigen Arbeitszeit.

Nach Abbe liegt dieser Erscheinung ein bestimmtes physiologisches Gesetz zugrunde, das darin besteht, daß bei industrieller Teilarbeit, der tägliche Verbrauch menschlicher Arbeitskraft sich auf ein bestimmtes Zeitmaß zusammendrängen läßt. Ob diese Grenze bei achtstündiger Arbeitszeit schon erreicht sei, müsse noch erforscht werden, jedenfalls sei sie noch nicht überschritten. Gesundheitliche Nachteile für die Arbeiter seien nicht nur nicht beobachtet worden, sondern das Gegenteil. Die Arbeiter waren täglich eine Stunde weniger den gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Fabrik ausgesetzt und hatten eine Stunde mehr zur Erholung und Erfrischung ihrer Körperkräfte zur Verfügung.

Zu diesen unter dem Gesichtswinkel der Menschenökonomie zu bewertenden erfreulichen Erscheinungen treten aber auch noch garnicht so unbedeutende Vorteile für den Unternehmer: Er spart an Licht, Antriebskraft, Heizung und Maschinenverschleiß-Vorteile, die gerade jetzt in der Zeit des Rohmaterialmangels eine außerordentlich große Rolle in der Kriegswirtschaft spielen.

Professor Abbe gibt zwar zu, daß eine vorübergehende, über 8 Stunden hinausgehende Überzeitarbeit die Tagesleistung erhöht, aber sehr bald geht die Leistung auf die normale Tagesleistung zurück. Die Erhöhung der normalen Tagesleistung kann nur auf Kosten des Körpers geschehen, sie führt notwendigerweise zum Bankrott der Körperkräfte, der umso sicherer eintreten muß, je mehr es an der Möglichkeit fehlt, dem Übel mit ge-

steigter und besserer Nahrungszufuhr zu begnügen. Man frage die Ärzte, wieweit wir mit diesem Raubbau an Arbeitskraft schon gekommen sind! Keine Kriegsnotwendigkeit kann das entschuldigen — genau das Gegenteil verlangen Vernunft, Erfahrung und Wissenschaft.

**Vom Umgang mit dem Igel.**

Die »Buchbinderzeitung« berichtet über ein Erlebnis mit dem Schutzverband folgendermaßen:

»Der Vorstand des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer hat auf eine von unserem Verbandsvorstand an ihn gerichtete Eingabe seinen Einfluß bei seinen Mitgliedern dahin geltend zu machen, daß auch den in den Steindruckereien beschäftigten Buchbinderarbeitern und -arbeiterinnen erhöhte Teuerungszulagen bewilligt werden, die folgende Antwort gegeben:

»An den Deutschen Buchbinderverband, Berlin. Wir bestätigen den Empfang Ihres Geehrten vom 20. dieses Monats und erwidern, daß die in den Betrieben des Schutzverbandes mit Buchbinderarbeitern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in so geringer Zahl vorkommen, daß die Angelegenheit für uns ohne besonderes Interesse war. Zudem werden Buchbinderarbeiten fast ausnahmslos von ungelerten Kräften ausgeführt, und die wenigen damit beschäftigten Arbeiter sind im Laufe der Zeit wiederholt mit Lohnzulagen bedacht worden, so daß die Löhne eine Höhe erreicht haben, die an die jetzt üblichen Löhne herankommt.

Hochachtungsvoll  
Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer.  
Der Vorsitzende.  
(Unterschrift unleserlich.)

Besonderes Entgegenkommen war von dieser auch sonst sich stets tariffeindlich zeigenden Unternehmergruppe ja nicht zu erwarten und werden unsere in dieser Sparte tätigen Mitglieder von der Antwort nicht überrascht sein. Wir wollen uns daher auch nicht weiter darüber auslassen und auch die Äußerung, »daß Buchbinderarbeiten fast ausnahmslos von ungelerten Kräften ausgeführt werden«, einstweilen ruhig zu den Akten legen. Unsere in den Betrieben des Schutzverbandes beschäftigten Kollegen und Kolleginnen mögen die richtige Lehre daraus ziehen, daß nur dort, wo auch die Arbeiterschaft einig und geschlossen der für sie zuständigen Gewerkschaftsorganisation angehört, die Lohnforderungen mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt werden können. Ihre Aufgabe ist es nun, von sich aus in den einzelnen Betrieben ihre Forderung um Gewährung angemessener Teuerungszulagen zu vertreten. Der Schutz unseres Verbandes wird ihnen dabei im weitgehendsten Maße zugesichert.«

»Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Verfasser«, auch wenn der Name unleserlich geschrieben ist. Es sind eigenartige Umgangsformen, die der Schutzverband beliebt.

**Feuilleton.**

**Friede!**

Aus dem stinkenden Dunkel der Unterstände, Aus Gräben und Sappen, endlos verschlamm, Heben wir unsre Herzen entflammt, Heben wir unsre rissigen Hände, Die lange in Blut und Schmutz gewühlt, Vom Tod umgiert, vom Regen umspült.

Friede! O seliges Heimverlangen! Purpurne Sonne im Nebelgrau! Blühende Gasse im Drahtverhau! Lagen wir nicht in Ketten gefangen? Fällt nun die Fessel? Bricht nun das Tor? Brüder: empor!

Und du, umfangt von Mord und Granaten, Französischer Bruder, gib mir die Hand Über das tote, gequälte Land! Daß aus dem Wahnsinn der fiebernden Taten, Wenn deine Hand sich in meine verschnitt, Einmal die Ernte der Menschheit entspringt!

Musketier Max Barthel.

**Rodin.\*)**

Rodin ist tot. Wenn es möglich sein wird wieder nach Paris zu gehen, wird man Rodin nicht mehr finden.

Ich durfte ihn vor Jahren zweimal sehen. Das erstmal in dem bekannten Atelier in der Rue de l'Université, wo er empfing. Das zweitemal lernte ich eigentlich ihn erst kennen. Ich meine seine Kunst. Er selbst hatte Besuch, mit dem er sich unterhielt. Er forderte mich freundlich auf, in dem Museum mir alles anzusehen. Sein ganzes Oeuvre fand ich da zusammen. Alles, auch die vielen kleinen Gipskizzen in den Glasschränken.

So deutlich steht mir der untersetzte alte Mann vor Augen. Der lange weiße Bart, die gültig und schlau bildenden kleinen Augen, die Stirn, die im oberen Teil zurücktrat und über den Augen so gewaltig und gebuckelt auslud. Die großen Filzschuhe, mit denen er auf dem Steinboden herumhustete,

Damals gab es für mich in der ganzen neuzeitlichen Plastik einzig Rodin.

Ich denke zurück an jenen Eindruck und frage mich: Worin lag das zwingende, Überzeugende, leidenschaftlich Hinreißende seiner Schöpfungen? Darauf kann ich nur antworten: In seinem Vermögen, dem seelischen Gehalt die plastisch überzeugende, nur diesem Gehalt zugehörnde Form zu finden. Der Mensch Rodin, der seelische Inhalt seiner Werke, die Form, die er schuf, sind eins. Auch eins mit ihnen ist die Wirkung, die beim Anshauen der Werke auf den Beschauenden überströmt. Mir ist es wenigstens immer so gegangen, daß, ob es nun seine große Liebesgruppe mit den wundervoll besetzten Händen war, die ich sah, oder seine Bürger von Calais oder seine Kauernde, immer unmittelbar eine starke Erregung vom Werk in mich überströmte. Die von ihm ausgehende Kraft, die sein Werk ganz individuell belebte, setzte mich in Schwung.

Ich denke an das Gebet, den betenden Knaben. Dieser eine leidenschaftliche Wurf hintenüber, die Arme die, über den Kopf hinausgeworfen, fliehen, wie der ganze Körper flieht. Gibt es in der ganzen Kunstgeschichte ein Werk, das überzeugender das flammende Gebet eines Jugendlichen offenbart?

Und die vielen anderen Gestalten, die nun in der Phantasie auftauchen, ähnlich wie bei seinem Auferstehungsrelief vom großen Höllentor Körper über Körper sich hervorwindet. Alle seine Werke voll leidenschaftlichen Lebens. Während in der Empfindung, während in der Form. Das ist ja eben das an ihm, dem man sich nicht entziehen kann, diese Einheitlichkeit von Form und Inhalt. Eine andere Lösung als die von ihm gefundene scheint undenkbar, wenn man einem seiner Werke gegenübersteht.

Mag sein, daß die jetzt kommende Generation auf der Suche nach neuen Wegen Rodin den Rücken wenden wird. Er bleibt der eigene große Schöpfer, der solche Wellen der Beurteilung lächelnd überdauert. Käthe Kollwitz.

**Vom Büchertisch.**

**Kommunale Frauenarbeit im Kriege.**

Von Anna Blos, Mitglied des Ortsrates von Stuttgart. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis 60 Pfennig. Aus großer Sachkenntnis heraus schildert uns Genossin Blos das ungeheure Gebiet der Volkswohlfahrtspflege, in dem die Frau geradezu die natürliche Sachwalterin ist. Leider ist ihre Mitarbeit erst in den bescheidensten Anfängen vorhanden und auch davon das meiste erst aus der Kriegszeit. Zum Kampf für die weitere Mitarbeit der Frau bietet uns die kleine Schrift reiches Material.

\* Aus den Sozialistischen Monatsheften, Heft 24. 23. Jahrgang.

**Stellenangebote**  
Einige tüchtige **Fertigmacher** für Farben-Ätzungen in selbständige Stellung gesucht. Geil. Angebote an Kirstein & Co., Graphische Kunstanstalt, Leipzig, Hospitalstraße 11 a.

**Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!**  
Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertreift in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.  
Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.  
**F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.**

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Roulett, Fadenstiche!**  
**Fräser u.s.w.** In bester Ausführung fert. ab  
Carl Neumann, vormals G. Könlg, Berlin SO, Naunynstraße 6.

Mehrere tüchtige **Schwarz- und Farbätzer** sowie **ein Andrucker**  
sucht für sofort **Julius Klinkhardt, Leipzig, Liebigstraße 6.**

**Der praktische Umdrucker.**  
Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg.  
**Conrad Müller, Schneiditz.**

**Verbandsnachrichten**  
Wer kann mir näheres über **Georg Männel, Steindruckerei**, oder dessen Adresse angeben? Unkosten vergütet.  
**Karl Doerr, Herzberg a. d. Elster.**